

Aufruf zur Demonstration gegen Datensammelwut GDBA fordert Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz

Für Sonntag, den 12. September 2009 rufen Bürgerrechtsgruppen sowie eine Reihe von Parteien und Gewerkschaften – auch die Verkehrsgewerkschaft GDBA – zur Teilnahme an einer Demonstration in Berlin auf.

Unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn“ stehen die Forderungen nach einem besseren Datenschutz für Arbeitnehmer im Zentrum

des Aufrufs. Aus diesem Grund wird die Demonstration vor der Zentrale der DB AG am Potsdamer Platz beginnen.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA fordert bereits seit einiger Zeit ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

„Der Datenschutz für Beschäftigte ist im deutschen Datenschutzrecht völlig unzureichend geregelt“, kritisierte GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel bereits kurz nach Bekanntwerden der Spitzelaffäre bei der

Deutschen Bahn. „Wir fordern klare Regelungen, was im Bereich des Datenschutzes erlaubt und was zustimmungspflichtig oder gar verboten ist. Dabei muss sorgsam zwischen den berechtigten Schutzinteressen der Arbeitnehmer und dem Informationsanspruch des Arbeitgebers abgewogen werden“, machte Hommel deutlich.

Die Demonstration ist Teil des europaweiten Aktionstages „Freedom not Fear – Freiheit

statt Angst“, zu dem länderübergreifend Proteste gegen die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger stattfinden. Treffpunkt ist am Potsdamer Platz um 15:00 Uhr.

GDBA-Mitglieder sind aufgerufen, an der Demonstration – soweit möglich – teilzunehmen. Bitte vorher bei der Geschäftsstelle Berlin, Chausseestraße 84/5, Etage, 10115 Berlin (Telefon: 030/29309310-15, Telefax: 030/293093-19, E-Mail berlin@gdba.de) melden.



„Der Datenschutz für Beschäftigte ist im deutschen Datenschutzrecht völlig unzureichend geregelt“, kritisiert GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel

Die Landesregierung Hessen will Möglichkeiten ausloten, ob und wie der traditionsreiche Standort Bebra an der hessisch-thüringischen Landesgrenze zu einem modernen Logistikzentrum ausgebaut werden kann. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA begrüßt diese Initiative, warnt aber gleichzeitig vor reinen Lippenbekenntnissen.

Neue Perspektiven für den „Cargo-Bahnhof“ Bebra?

Die Zukunftsperspektiven des Bahnhofs Bebra und seiner Beschäftigten waren Thema einer Diskussion am 17. August 2009 im Rathaus der Stadt Bebra. Dort zusammengekommen waren der Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes Hessen, Dieter Posch, Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt, Bürgermeister Horst Groß, sowie Erhard Berleth von der Wirtschaftsförderung, der Geschäftsführer des Regionalmanagements, Holger Schach, und Vertreter der Bahngewerkschaften. Für die Verkehrsgewerkschaft GDBA nahmen der Ortsgruppenvorsitzende Alfred

Wagner und der Bundesvorstand Güterverkehr, Gerfried Scholtz, an diesem Hearing teil. Fazit dieser Expertenrunde war die Ankündigung von Minister Posch, mit einem von der Hessischen Landesregierung zu initiiierenden Gutachten alle Möglichkeiten für einen Ausbau des Standortes Bebra mit seinen vorhandenen Infrastrukturen zu einem Logistikzentrum zu prüfen. Ziel sei der Beschäftigungserhalt und gegebenenfalls sogar die Mehrung von Arbeitsplätzen in der Region.

Für die Verkehrsgewerkschaft GDBA brachten Bundesvorstand Gerfried Scholtz und Orts-

gruppenvorsitzender Alfred Wagner noch einmal in Erinnerung, dass sich Versprechungen des Bahnmanagements in der Vergangenheit stets als „schöne Sprechblasen“ herausgestellt hätten.

„Was die Beschäftigten jetzt brauchen, sind verlässliche Zukunftsperspektiven und nicht Demontagestrategien, wie sie seit Jahrzehnten praktiziert werden.“ Die Verkehrsgewerkschaft GDBA unterstütze, so beide GDBA-Kollegen, die Vorstellungen des Hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministeriums und werde ihren Teil zum Erfolg beitragen.